

Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker,
Bauhilfsarbeiter und Steinarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Rüdersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Schriftleitung:

Berlin O., Rüdersdorferstraße 60

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen etc. sind an
die Geschäftsstelle zu richten.

Schluß der Redaktion: Montag abends 6 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 Pfg. (ohne
Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband
1,70 Mk.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Petitzeile 40 Pfg.

Nummer 11.

Berlin, den 15. März 1908.

9. Jahrgang.

Kollegen, setzt mit neuen Kräften in die Frühjahrs-Agitation ein; betreibt Bauten- und Haus-Agitation!

Inhaltsverzeichnis.

Auf die Schanzen. — Jahresbericht des Bezirks Nordbayern-Nürnberg. — Die letzten Vorbereitungen. — Rundschau: Beachtenswertes. Arbeitskammern und Verein deutscher Arbeitgeberverbände. Neue indirekte Steuern? Kein christliches Begräbnis. — Wirtschaftliche Bewegung. — Verbandsnachrichten: Berlin. Agitation. Bezirk Berlin. Bezirk Vöckum. Bezirk Danzig. Dürren. Bezirk Frankfurt a. M. Bezirk Hannover. Bezirk Karlsruhe. Bezirk Raitowitz. Kassel. München. Oberhausen. — Soziale Wahlen. — Von den Arbeitsstellen. — Bekanntmachungen. — Versammlungskalender. — Sterbetafel. — Anzeigen.

Auf die Schanzen.

Kollegen! Die Märzstürme sausen mit Macht durch das Land. Das ist die Zeit wo es auf dem Bauplatz wieder kribbeliger wird, und die verrostete Röhre sich zum Wohl der Menschheit in eifrige Tätigkeit setzt; bald blüht und blüht sie wieder im hellen Lichte der Sonne. Neuer Eifer ist in der stillen Zeit des Winters gesammelt worden und mit frischem Mut geht es ans harte Tagewerk. Die Eisenbahnzüge sind stark bevölkert mit abwandernden Kollegen, die in die Industriezentren und Städte eilen, um lohnendem Verdienst für die zurückbleibenden Angehörigen nachzugehen. Ueberall ein eifriges Wüten und Streben.

Nun beginnt die fruchtbringendste Zeit der Agitation. Das Gemüt ist in dieser Periode dem Organisationsgedanken am ehesten zugänglich, weiß doch jeder, daß er in dem nunmehr beginnenden Kampf ums tägliche Brot in der Organisation einen treuen Führer und Berater hat. Da ist es Pflicht eines jeden Kollegen, der es ernst mit seinen Berufs- und Standespflichten nimmt, ein eifriger Werber für die große Sache der Organisation zu sein. Das Bewußtsein, daß die christliche Arbeitererschaft nur durch Anspannung aller Kräfte zu Einfluß und Erfolg gelangen kann, muß gleich einer Flamme in die Seele jedes einzelnen geschrieben sein, um die tiefen und edlen Kräfte zu wecken, die eine so erhabene Aufgabe bedingen. Ohne Mühe kein Preis. Es muß in die Agitation eingeseht werden auf dem Bau, in den Wohnungen der Kollegen, kurzum auch nur jede sich bietende Gelegenheit muß für die Stärkung des Verbandes ausgenutzt werden. Aufnahmefähigkeit dürfen in keiner Tasche fehlen.

Der Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter hat eine glorreiche Vergangenheit hinter sich. Von Erfolg zu Erfolg geschritten, ist er heute die zweitgrößte christliche Organisation geworden. Das war nur möglich unter unermüdeten Mühen und Opfern; es fanden sich genügend Kämpfer, die ihre christliche Ueberzeugung als Ehrenschilde über sich hielten und in heißen Wassergängen Siege auf Siege erfochten. Das muß ein Beispiel und Vorbild sein. Besonders die jugendlichen Kollegen müssen ins Vordere treten der Arbeit und Kämpfe, denn mancher mutige Vorkämpfer ist alt und grau geworden, manche aus unseren Reihen in ein anderes Leben geschieden.

Und sinken die mutigen Kämpfer
Darnieder im blutigen Strahl,
Es kommen neue Geschlechter
Und kämpfen ihn mutig aus.

Jugendliche vor, eingetreten in die Fußstapfen unserer alten Freunde und Berater, die uns Erzieher auf der betretenen Bahn gewesen. Vereinen wir mit dem Feuer der Ueberzeugung jene Ausdauer, die alle Stürme, selbst die wildesten, zu überdauern imstande ist. Jugendliche vor in die Kampfarena, sei es als stiller Werber auf der Arbeitsstelle oder als Vertrauensmann, der Trepp auf Trepp ab seine Funktionen erfüllt. Nehmen es die Vorstände doppelt ernst mit ihrer Pflicht. Wer rastet, der rostet. Wir wollen den Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter zu neuen Erfolgen und Siegen führen. Hunderttausende baugewerbliche Arbeiter sind noch für die Organisation zu gewinnen. Betrachten wir es als unsere Aufgabe, diese für uns zu erobern, aber auch jenen Aufklärung und Stütze zu bieten, die heute noch aus Unkenntnis oder Furcht von uns abseits stehen.

Gewaltige Mächte rütteln an den Säulen der Errungenschaften der organisierten baugewerblichen Arbeiter. Sie können es nicht verschmerzen, daß auch der Arbeiter seinen Einfluß durch die Organisation mit Erfolg in die Wagsschale der Gestaltung der Arbeitsverhältnisse geworfen hat. Tod der Willkür, das war unsere Parole! Anerkennung der Gleichberechtigung und das Mitbestimmungsrecht sind die Ziele, die wir uns setzen.

Arbeitskraft, sein Leben und seine Gesundheit in die Schanzen werfen muß. Es war möglich, dieses Ziel zu erreichen, und nachhaltige Verbesserungen durchzuführen. Das wollen uns die Arbeitgeberverbände streitig machen, ja, sie gehen sogar so weit, daß wir ihre Willkür vertraglich sanktionieren sollen. Als Zeitpunkt zu solchem Beginnen haben sie eine abwärtsgehende Konjunktur gefunden, die ihre Pläne nachgerade zum Uebermut reizt. Solchem Beginnen alle verfügbaren Kräfte entgegenzusetzen, ist erste Pflicht. Zusammenschließen aller Arbeiter, größte Einigkeit und Disziplin, das muß der Fels sein, an dem alle derartig gestalteten Unternehmerpläne zerbrechen müssen. Wir stehen nunmehr vor dem großen Augenblick der Entscheidung! Er soll kein schwaches Geschlecht finden. Der Reichtum der Zeit muß in uns Arbeiter finden, die für einen starken Einschlag sorgen, die Standesbewußtsein genug besitzen, jede entehrende Zumutung zurückzuweisen. Darum auf die Schanzen mit Kampfesmut und Begeisterung, um Arbeiterrechte und Arbeiterehre.

Sei jeder ein Agitator und Kämpfer für den Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter, der auf sein Panier gesetzt hat: Auch Gerechtigkeit dem Arbeiterlande, Hoch die Solidarität!

Jahresbericht des Bezirks Nordbayern-Nürnberg.

Das Jahr 1907 war in manchen Punkten ein sehr bewegtes. Wenn auch die Erfolge alle Beteiligten nicht in vollem Maße befriedigten, so ist doch ein großer Schritt vorwärts gemacht worden. In Betracht gezogen werden muß der Umstand, daß wir mit wenigen Ausnahmen nur mit ländlichen Verhältnissen zu rechnen haben, und eine anhaltend gute Bautätigkeit selten eintritt. Eine gute Konjunktur war zu verzeichnen in Nürnberg-Fürth, Amberg, Forchheim und Schweinfurt. In Nürnberg-Fürth war der zwölfwöchentliche Streik, der sich bis zum Herbst 1906 ausdehnte, sowie der Mangel an Arbeiterwohnungen die Ursache einer lebhaften Bautätigkeit, welche aber im Herbst wieder abflaute. In den anderen genannten Städten waren es öffentliche Bauten, wie Schulen, Fabriken usw., die die Bautätigkeit günstig beeinflussten. In Würzburg war es ein Kasernenbau, in Bamberg ein Schulhaus, in Weiden führte eine Terrainbaugesellschaft Arbeiterwohnungen aus, in Lichtenfels und Neumarkt verschiedene Spekulationsbauten usw. Sehr schlecht waren die Verhältnisse in Regensburg, und mußten die dortigen Kollegen meistens in anderen Orten Arbeit suchen. Auch in den Steinmetzbetrieben machte sich überall ein flauer Geschäftsgang bemerkbar. Der Granitindustrie ist in der vielfachen Herstellung von Eisenbetonbauten ein großer Konkurrent entstanden. Besonders macht sich dieses bei Hafengebäuden, Brücken und Bahnhofsunterführungen, welche meistens aus Beton hergestellt werden, bemerkbar. Durch die überhandnehmende Herstellung von Verputzbauten und Straßensplätzen ist auch für die Sandsteinarbeiter ein bedeutender Rückgang zu verzeichnen. Die Zahl der Mitglieder ist im Berichtsjahre erheblich gestiegen. Die Entwicklung unseres Verbandes im Bezirk Nordbayern vollzog sich seit 1903 wie folgt:

Jahre	Zahl der		Jahre	Zahl der	
	Verwaltungsstellen	Mitglieder		Verwaltungsstellen	Mitglieder
1. 1. 04	2	68	1. 1. 07	28	910
1. 1. 05	5	198	1. 1. 08	23	1319
1. 1. 06	10	452			

Durch die Zentralisierung der Verwaltungsstellen Nürnberg, Würzburg und Bamberg wurden 22 Verwaltungsstellen aufgelöst und als Zahlstellen genannten Orten angegliedert. Daher ist die Zahl der Verwaltungsstellen um diese 22 zurückgegangen. Zur Verwaltungsstelle Nürnberg gehören 10, zu Würzburg 10 und zu Bamberg 2 Zahlstellen. Neugegründet wurden 15 Verwaltungsstellen, und zwar in folgenden Orten: Weiden, Regensburg, Cham, Dinkelsbühl, Ebnath, Floss, Kitzberg, Lichtenfels, Marktredwitz, Nabburg, Neumarkt i. O., Schlüsselfeld, Schwandorf, Windisch-Eisenbach und Wending. Aufgelöst haben sich die Verwaltungsstellen Gebattel und Waldsassen, letztere aus Interesslosigkeit, was jedoch weniger an den Mitgliedern, wie an dem Vorstände lag. Der Mitgliederzuwachs war am stärksten im ersten und zweiten Quartal, infolge Rückganges der Bautätigkeit im dritten Quartal verteilt sich der Zuwachs auf einzelne Verwaltungsstellen. Zu wünschen übrig läßt heute noch ein großer Teil der Mitglieder in der praktischen Mitarbeit. Die Kollegen glauben immer noch, nur die Vorstände und der Bezirksleiter müßten agitieren, während ihrer Schuldigkeit mit dem Bezahlen der Beiträge Genüge getan sei. Die praktische Kleinarbeit, wie Hausagitation, Agitieren auf der Baustelle und dergl. ist in vielen Verwaltungsstellen noch gar nicht eingeführt. Ein großer Uebelstand ist auch der durchweg schlechte Besuch der Versammlungen. Dieses trifft besonders auf die großen Städte zu, während in den kleineren Städten oder Orten die Versammlungen bedeutend besser besucht sind. Die Geschäfts- resp. Kassensführung ist im Vergleich zu früheren Jahren erheblich besser geworden. Nur eine Verwaltungsstelle will sich nicht an eine

Die Extrabeiträge sind im großen und ganzen gut bezahlt worden; wo noch Rückstände zu verzeichnen sind, haben sich die Kollegen verpflichtet, dieselben in diesem Jahre zu entrichten. Leider war bei manchen Kollegen der „Idealismus“ derartig, daß sie der Extrabeiträge wegen dem Verbands den Rücken kehrt. Die Wochenbeiträge sind durchweg in allen Verwaltungsstellen erhöht worden. Es leisten an Beiträgen:

Jahr	Mitgliederzahl	Mitgliederzahl der einzelnen Beitragsklassen						Durchschnittlicher Beitrag pro Woche	
		30	35	40	45	50	55		60
1907	1319	57	527	295	234	132	2	72	40,3 Pfg.

Die Beitragsleistung ist gegen das Jahr 1906 um 5,1 Pfg. gestiegen, wobei zu bemerken ist, daß der größte Teil der neuangeworbenen Mitglieder der niedrigeren Beitragsklasse angehört. Lohnbewegungen wurden in zwölf Orten geführt. Davon kam es in Bamberg, Würzburg und Würzburg (Sperrre) zum Streik, in Weiden und Kitzberg zur Aussperrung. Die übrigen wurden auf friedlichem Wege erledigt. In Weiden hatten wir überhaupt keine Lohnforderung gestellt, trotzdem sperrte der Steinmetzmeister Bergbauer die Kollegen wegen Verbandszugehörigkeit aus. Er verlangte, die Kollegen sollten aus der Organisation austreten, andernfalls sie entlassen würden. Nach zwölf Wochen endete die Aussperrung mit einem glänzenden Sieg für unsere Kollegen. In Kitzberg waren in dem Granitwerke „Bayerische Granit- und Tuffstein-Werke Cham-Lachen“ die schlimmsten Mißstände zu verzeichnen. Ueberlange Arbeitszeit, Nichtinhaltung der oberpolizeilichen Vorschriften und der Bundesratsverordnung ebenso waren Lohnreduzierungen unter der Leitung des Direktors Borchert an der Tagesordnung. Auf eine ganz minimale Lohnforderung hin erfolgte eine ganz brutale Aussperrung, die für uns einen ungünstigen Verlauf nahm. Nach 13wöchentlicher Aussperrung kündigte die Firma den Konkurs an, und liegt das Werk heute noch still. Der „feine“ Herr Direktor, der Macher der ganzen Sache (seinem Verus nach soll er Damenschneider gewesen sein), ging mit seiner Familie unter „Hinterlassung einiger kleiner „Andenken“ auf und davon. Unsere Kollegen haben sich sodann einen Steinbruch gepachtet und arbeiten jetzt als Genossenschaft selbständig.

Die erreichten Lohnerhöhungen verteilen sich folgendermaßen: Es erzielten pro Stunde 34 Kollegen 2 Pf., 101 Kol. 3 Pf., 107 4 Pf., 72 5 Pf., 187 6 Pf., 22 7 Pf., 29 10 Pf. Außerdem erzielten 34 Kollegen eine Verkürzung der Arbeitszeit von 1/2 Stunde, und 216 Kollegen eine solche von 1 Stunde pro Tag. Derartige Erfolge sind der beste Beweis von der Notwendigkeit der Organisation. Im allgemeinen ist die wirtschaftliche Lage der Bauarbeiter durch verschiedene Mißstände stark beeinträchtigt. Die Löhne, besonders auf dem Lande, sind oft ganz miserabel. Stundenlöhne von 20 Pf. für Maurer und 12 Pf. für Bauhilfsarbeiter sind noch in manchen Orten anzutreffen. Dabei ist die Lebenshaltung mit Ausnahme der Wohnung sehr teuer. Durch das energische Eingreifen unseres Verbandes ist in dieser Beziehung manche Besserung eingetreten. Der große Alkoholgenuss, sowie das Blaumontagsmachen, welches leider hierorts immer noch grassiert, ist erfreulicherweise bedeutend im Abnehmen begriffen; die Organisation hat hierzu in erster Linie beigetragen. Die schlechten Löhne, sowie der große Arbeitsmangel auf dem Lande zwingen vielfach die Kollegen, in den Städten Arbeit zu nehmen. Teils zu Fuß, oft bei einer Entfernung von zwei Stunden, kommen die Kollegen täglich in die Stadt, so daß sie mit den Wegstunden täglich eine 14—15stündige Arbeitszeit zu verzeichnen haben. Andere Kollegen kommen mit Arbeiterfahrkarten am Montag zur Arbeitsstätte und fahren am Samstag wieder nach Hause. Sie sind dadurch von ihrer Familie getrennt, haben somit auch doppelte Haushaltskosten zu tragen. Das Arbeiten von Frauen auf Bauten ist erfreulicherweise im Rückgang begriffen. In vielen Städten, wo noch vor zwei Jahren dieser Uebelstand zu verzeichnen war, ist die Frauenarbeit auf den Bauten gänzlich abgeheftet. Eine unübliche Ausnahme macht allerdings Nürnberg; hier ist die Frauenarbeit auf den Bauten im Zunehmen begriffen, namentlich sind es böhmische Mädchen, darunter oft solche von 15—16 Jahren. Im Frühjahr kommen sie zu Hunderten an, und machen mit ihren billigen Löhnen den Bauhilfsarbeitern Konkurrenz. Darin noch Wandel zu schaffen muß Aufgabe der Organisation, sowie der zuständigen Behörden sein.

Von der Anteilnahme am öffentlichen und politischen Leben ist im großen und ganzen ein Fortschritt zu verzeichnen. Auf sozialem Gebiete geht es rüstig vorwärts. Bei der Gewerbegerichtswahl in Weiden erreichten unsere Kollegen von sieben Besitzern fünf Sitze. In Amberg fielen sämtliche Besitzern auf die christlichen Gewerkschaften. In den meisten Orten haben die Zahlstellen entweder selbst oder des Ortsstellens eine Bücherei angeschafft, um die Kollegen durch Lesen guter Bücher geistig zu schulen.

Von den Ortsstellen, oder gemeinsam mit den konfessionellen Arbeitervereinen sind in einer großen Anzahl von Orten Unterrichtskurse eingeführt, an welchen sich besonders unsere Kollegen gut beteiligen. Der weitaus größte Teil unserer Kollegen gehört auch den konfessionellen Arbeitervereinen als Mitglieder an.

Für die Arbeitgeber kommen in Bayern zwei Bezirksverbände in Betracht, der südliche Teil mit dem Sitz in München und das nördliche Bayern mit dem Sitz in Nürnberg. Der Nordbayrische Bezirksverband der Arbeitgeber für das Baugewerbe hat Mitgliedern in Bamberg, Bayreuth, Dinkelsbühl, Forchheim, Gunzenhausen, Hof, Neustadt a. d. R., Regensburg, Roth, Regensburg o. Fr., Erlangen, Röh a. S., Nürnberg, Fürth

Wärzburg. Die Anerkennung unserer Organisation ist bis auf wenige Ausnahmen durchgeführt.

Unsere Brüder von der roten Couleur bekämpfen uns noch immer bis aufs Messer. Besonders die Bauhilfsarbeiter und Kleinfabrikanten...

Der schriftliche und mündliche Verkehr des Bezirksleiters mit den einzelnen Verwaltungsstellen war ein sehr reger. In Postsendungen gingen aus: 382 Briefe, 270 Postkarten, 366 Druckhaken, 8 Pakete, 30 Telegramme und 11 Postanweisungen.

Darum Kollegen allerorts, von neuem in die Agitation eingetreten, dann werden wir im nächsten Berichte wieder gute oder noch bessere Fortschritte mitteilen können.

Mit. Sommer, Leonhardsstraße 48. Bezirksleiter des Bezirks Nordbayern.

Die letzten Vorbereitungen.

Wir entnehmen dem „Grundstein“ folgendes Rundschreiben des Arbeitgeberverbandes:

Deutscher Arbeitgeberbund für das Baugewerbe G. B. Geschäftsamt: Berlin SW., Kochstr. 3.

Berlin, den 23. Februar 1908.

An die Mitglieder!

Die Generalversammlung unseres Bundes in Hannover hat in bezug auf den Abschluß der neuen Arbeits-Tarifverträge zum Frühjahr d. J. mit Einstimmigkeit die folgenden wichtigen Beschlüsse gefaßt, nämlich:

daß an dem vom Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe herausgegebenen Vertragsmuster nichts geändert werden dürfe und daß, falls die im Frühjahr ablaufenden und zu erneuernden Verträge außer dem Basis dieses Vertragsmusters nicht zustande kommen sollten, am 1. April d. J. die Baugeschäfte geschlossen werden, ausgenommen natürlich in denjenigen Districten, wo Tarifverträge bestehen.

Weiter wurde hierzu einstimmig beschlossen, daß bei eintretender Arbeitsloseinstellung den beteiligten Bezirken und Orten nach jeder Richtung hin die weitgehendste Unterstützung des Bundes gewährt werden soll.

Zur Vorbereitung der Durchführung dieser Beschlüsse ist es erforderlich, daß die in Tarifvertragsverhandlungen stehenden oder namentlich eintretenden Verbände bis spätestens den 25. März d. J. den Bundesvorstand über den Verlauf und den Stand der Verhandlungen unterrichten, damit ein Bild über die Gesamtlage gewonnen werden kann.

Zur unbedingten Durchführung des bereits früher abgeschlossenen Grundgesetzes, daß alle Verträge nur vorbehaltlich der Genehmigung des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe abgeschlossen werden dürfen, und daß sie dessen Zustimmung erst dann erlangen, wenn über sämtliche Verträge eine Einigung erzielt ist, hat die Generalversammlung noch einen Genehmigungsvermerk, der jene Tendenz lebhaft besonders zum Ausdruck bringen soll, einstimmig angenommen und zwar mit folgendem Wortlaut:

Die Genehmigung für diesen Vertrag ist nur im Zusammenhang mit allen anderen Vertragsgenehmigungen erteilt.

Es ist durchaus notwendig, daß dieser Genehmigungsvermerk allen zum Abschluß kommenden Verträgen und zwar bereits vor der Unterschrift durch die Vertragsschließenden hinzugefügt wird, um den Arbeitnehmerorganisationen nicht wünschlich einen Grund zum Widerruf der Vertragsunterschrift zu geben; ein solcher Widerruf aber wäre nicht unredlich, wenn man den Willensmeinung beim Vertragsabschluß zu beeinflussen geeignet ist, vorzuziehen wäre.

Als selbstverständlich ist im übrigen zu beachten, daß nicht nur die mit den freien Gewerkschaften, sondern auch die mit jeder anderen Gewerkschaft abgeschlossenen Verträge der Genehmigung des Bundesvorstandes bedürfen, und daß die Zustimmung auch in diesen Fällen erst nach erfolgter Einigung über sämtliche Verträge erteilt werden darf.

Im Hinblick auf jene Verhältnisse, die mit absoluter Sicherheit eintreten, falls der Abschluß der Verträge nicht zustande kommt, machen wir schon jetzt die vertraglosen Verbände darauf aufmerksam, daß auch sie nach Punkt 3a der von der außerordentlichen Generalversammlung vom 21. Oktober v. J. genehmigten taktischen Grundzüge gehalten sind, allen Maßnahmen des Bundes hinsichtlich der Aussperrung usw. fröhlich nachzukommen.

Abgesehen von dem, daß sich die Gewerkschaftsleitungen nach Bekanntwerden der mit so großer Einstimmigkeit gefaßten Beschlüsse unserer Generalversammlung in Hannover geneigter zeigen werden, die Tarifverträge auf der Basis des Vertragsmusters abzuschließen, so muß doch auch mit dem Gegenteil und der dadurch notwendig werdenden Schließung unserer Geschäfte gerechnet werden. Wir ermahnen deshalb die Verbände, diese Eventualität schon jetzt ins Auge zu fassen und die Vorbereitung zur Einstellung der Arbeiten sowie überhaupt alle jene Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, den Kampf in letzter Zeit zugunsten der Arbeitgeber durchzuführen. Wir empfehlen insbesondere, die noch außerhalb der Verbände stehenden Kollegen für unseren Bund zu gewinnen, mit dem Bau-

materialienhändlern Vereinbarungen wegen Nichtlieferung an Außenstehende zu treffen, bei Übernahme von Arbeiten auf Einfügung der Streiklausel Bedacht zu nehmen usw.

Schließlich teilen wir noch mit, daß in Ausführung des Punktes 1b der von der außerordentlichen Generalversammlung am 21. Oktober v. J. angenommenen taktischen Grundzüge der Vorstand beschlossen hat, daß die nach dem Frühjahr 1908 ablaufenden Verträge drei Monate vor dem Ablaufstermin zu kündigen, und daß die Verhandlungen über die neu abzuschließenden Verträge auf derselben Grundlage, d. h. nach den von der außerordentlichen Generalversammlung erteilten Direktiven, zu erfolgen haben.

Wir geben uns der zuversichtlichen Hoffnung hin, daß die Verbände und überhaupt alle Fachgenossen gerade jetzt, wo das deutsche Baugewerbe vielfach am Vorabend großer Ereignisse steht, in allem ihrem Tun und Lassen voll eingedenk sind jenes oft und doch nie genug betonten Wortes: Einigkeit ist Macht.

Hochachtungsvoll

Der Vorstand

des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe.

gez. Felsch.

Der Schutzverband der Bergischen baugewerblichen Betriebe erklärt ein ähnliches Rundschreiben, nur werden die Mitglieder ersucht, sich auf den 1. Mai einzurichten, die Betriebe zu schließen, da bekanntlich die Verträge in Rheinland und Westfalen bis zu diesem Termin laufen. Am Montag, den 9. März, haben die Verhandlungen in München begonnen, innerhalb 14 Tagen entscheidet es sich also vollkommen, ob die Unternehmer ihren Willen, d. h. den Krieg, haben wollen. Die Arbeiterorganisationen werden alle Fragen in Ruhe prüfen, und sich durch nichts provozieren lassen.

Auch den Berliner baugewerblichen Arbeitern sind nunmehr die Forderungen des Arbeitgeberverbandes zugegangen. Bis zum 15. März wird Antwort verlangt, ob die Arbeiter zu Verhandlungen bereit sind. Die Zeit bis zum 1. April ist mit so weitgehenden Fragen für die Berliner Kollegen so kurz bemessen, daß eine Regelung gar nicht denkbar ist. Entweder haben nun die Unternehmer den Zeitpunkt so kurz gestellt, um es zum Kampfe zu treiben, oder sie wollen sich den Tanz ihrer Kollegen in der Provinz erst einmal mit ansehen. Kampfesfreudigkeit herrscht unter den Berliner Unternehmern wohl kaum. Selbstverständlich gilt auch hier der „Musterarif“ als Unterlage, mit 65 Pf. Stundenlohn für Maurer und 40 Pf. für Bauhilfsarbeiter. Eine Verhöhnung der Arbeiter könnte nicht anders aussehen!

Zwischen scheint den Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes erst die Tragweite der hannoverschen Beschlüsse klar zu werden. Die „Mitteldeutsche Arbeiterzeitung“ berichtet von einem tiefen Eindruck, den der Krieg zur unabweislichen Folge habende Beschlüsse von der unbedingten Annahme des Musterarifs auf die Teilnehmer der Generalversammlung gemacht habe. Es wurde gewünscht, es möge nicht zu dieser Maßregel kommen und sollten die Arbeiter einsehen, daß es den Baugeschäften zurzeit unmöglich sei, höheren Lohn und kürzere Arbeitszeit zu bewilligen; sie sollten aber auch einsehen lernen, daß mit dem ihnen vorgelegten Vertrag eine Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage nicht eintrete. Aber wenn keine Verschlechterungen damit beabsichtigt sind, warum bleibt dann der Arbeitgeberverband auf solche Bestimmungen strikte stehen? Ist es denn nicht ein geradezu frivoles Beginnen, mit solchen den Arbeiterorganisationen unannehmbaren Bedingungen einen Kampf absichtlich heraufzubeschwören zu wollen? Aber auch in führenden Arbeitgebertreibern treten andere Meinungen zutage. So schreibt die „Deutsche Zimmermeisterzeitung“ in ihrer Nummer 9:

„Die Folgen dieses Beschlusses, falls er strikte durchgeführt wird, sind jetzt gar nicht abzusehen. Nur soviel kann heute schon gesagt werden, daß wir im deutschen Baugewerbe vor einer Katastrophe stehen, die verhängnisvoll werden kann. Wir möchten es dahingestellt sein lassen, ob es notwendig war, einen solchen weittragenden Beschluß zu fassen, oder ob es nicht zweckmäßiger gewesen wäre, zu versuchen, nach und nach die Tarife nach dem vom Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe herausgegebenen Muster umzuändern. Wir befürchten, daß die Mehrheit der Bevölkerung für einen solchen Beschluß kein Verständnis hat. Vor allem halten wir es aber für bedauerlich, die strikte Bestimmung aufzustellen, daß an dem Tarifmuster nichts geändert werden darf. Wir meinen, es hätte genügt, wenn man beschlossen haben würde, im Prinzip an den in dem Muster aufgestellten Forderungen festzuhalten, kleine Abweichungen dagegen zu gestatten. Auch im Interesse der Ausgleichung der sozialen Gegensätze und der Heranziehung der Arbeiterkraft zur praktischen Mitarbeit im Gegenwartsstaate wäre es sehr wünschenswert gewesen, wenn man in Hannover die Saiten nicht allzu straff gezogen hätte.“

Die Abstimmung wird bei den Schornsteinen sich schon früh genug einstellen. An unsere Kollegen liegt es nun, die größte Ruhe und Kaltblütigkeit zu bewahren und den Anweisungen der Verhandlungsführer strikte Folge zu leisten. Selbständige Maßnahmen haben unter allen Umständen zu unterbleiben, alles, was getan wird, hat nur im Einverständnis mit der Verhandlungsleitung zu geschehen. Das aber sagen wir dem Arbeitgeberbund: Die Anerkennung des Musterarifs unter keinen Umständen!

Rundschau.

Beachtenswertes. Wir entnehmen dem „Ludwigshafener Volksblatt“ folgenden Brief, welcher ihm auf den Redaktionsbrief geantwortet. Er lautet:

Ludwigshafen a. Rh., 2. Januar 1908.

Wertes Genosse!

Es hat sich in letzter Zeit herausgestellt, daß die Organisationen unserer Gegner auf wirtschaftlichem sowohl als auf politischem Gebiet bedeutend erstarkt sind und nicht selten die unseren an Schlagfertigkeit übertrifft. Aus dieser Tatsache erwächst für uns die Pflicht, auf eine Beseitigung dieses Umstandes Bedacht zu sein. Um eine Ansprache hierüber, sowie über die zu erzielenden Mittel herbeizuführen, findet am Freitag, 3. Januar 1908, abends halb 9 Uhr, im Lokal Radel, Steinstraße 10, kombinierte Sitzung statt, zu der Sie hiermit dringend eingeladen werden. Wir erwarten, daß Sie in Anbetracht der Wichtigkeit der Sache der Sitzung beiwohnen und zeitigen Mit Gruß! Das Gewerkschaftsamt. F. A. J. Lippert. Sozialdemokratischer Verein: J. A.: P. Kleefoot. Würde man nicht, daß derartige Einladungen nur Agitationszwecken dienen sollten, würde man ihnen größere Bedeutung beilegen. Es beweist aber, daß die Genossen es können, wie es muß; hier sind die gewerkschaftlichen Organisationen überfordert, hart sind sie nicht leistungsfähig, je nachdem es gilt, den „großen Lärm“ einzulassen. Derartige Agitationspraktiken müssen jeftgenagelt werden.

fähig, je nachdem es gilt, den „großen Lärm“ einzulassen. Derartige Agitationspraktiken müssen jeftgenagelt werden.

Arbeitskammern und Verein deutscher Arbeitgeberverbände. Der Verein deutscher Arbeitgeberverbände nahm seiner am 6. März tagenden Ausschußsitzung zu dem Gesetzentwurf betr. Arbeitskammern Stellung, welche in folgender Resolution ihren Niederschlag fand:

„Der Verein deutscher Arbeitgeberverbände hält es einstimmig für ausgeschlossen, daß die im Entwurf des Gesetzes betreffend Arbeitskammern, zum Ausdruck gebrachten Aufgaben verwirklicht werden können. Vielmehr erblickt er den Arbeitskammern auf paritätischer Grundlage eine schwere Gefahr für die gesamte deutsche Industrie, weil sie zur Verschärfung der Gegensätze führen werden. Der Verein spricht sich aber hierdurch keineswegs gegen eine gesetzliche berufliche Interessensvertretung der Arbeitnehmer im Sinne der Kaiserlichen Hofkammer vom 4. Februar 1890 aus.“

Anderer Leute erblicken in dem paritätischen Zusammenarbeiten das gerade Gegenteil, wie hier ausgedrückt. Ob es nicht ein anderer Gedanke dahinter verbirgt? Die Nichtanerkennung der Gleichberechtigung in angeführten Kreisen ist ja bekannt. Der letzte Satz läßt vermuten, daß genannter Verein gegen eine Arbeitskammer nichts einzuwenden hätte. Sondern, daß sich die Extreme auch hier wieder berühren; die Sozialdemokraten wollen dieselben nämlich auch.

Neue indirekte Steuern? Jedenfalls, um den neuen Finanzminister zu einem herzhaften Zugreifen nach indirekten Steuern, welche die breiten Volksmassen tragen sollen, anzumuntern, schreibt die konservative „Arenzeitung“ in ihrer Nr. 109 vom 5. März:

„Der Calwerische Aufsatz ist in der Tat geeignet, die Behauptungen, daß die Lage der Arbeiter viel zu trostlos sei, als daß man von sozialpolitischen Gesichtspunkten aus an eine Vermehrung der indirekten Steuer denken könne, zu widerlegen. Der sozialdemokratische Wirtschaftspolitiker kommt nämlich bei einer Untersuchung über die Gestaltung der Kaufkraft des Arbeiterlohnes im Vergleich mit der Zeit vor zehn Jahren zu der Feststellung, daß der Durchschnittslohn in diesen zehn Jahren von 746 68 Pf. auf 1027 46 59 Pf., also um rund 281 78 oder 38 Prozent gestiegen ist. In demselben Zeitraum haben die Kosten des Lebensunterhaltes sich aber nur um 22,59 Prozent vermehrt, welche Ziffer Calwer an 25 Prozent nach oben abrundet. Danach verbleibt von der gesteigerten Durchschnittslohn eine Gesamtverbesserung der Arbeiterlage in den letzten zehn Jahren um 12—13 Proz übrig während in keinem anderen Lande eine so intensive Hebung der Arbeiternebens zu beobachten ist, da beispielsweise in den Vereinigten Staaten, wo diese Hebung noch die meisten Fortschritte gemacht hat, die Gesamtsteigerung des Reallohnes nur 8 Prozent betragen hat.“

Nein, damit wird nichts widerlegt. Dazu gehört, daß man die Lage der Arbeiter anderer Kulturländer mit den deutschen in Vergleich stellt, und dann den strikten Beweis liefert, daß die deutschen Arbeiter sich in einer besseren wirtschaftlichen Lage befinden wie jene. Das ist bekanntlich nicht der Fall, denn der englische, vor allem aber der amerikanische Arbeiter sind wirtschaftlich bedeutend besser gestellt, als der deutsche Arbeiter. Nun ist aber anzunehmen, daß durch die wirtschaftliche Krise auch die wirklich eingetretene Verbesserung der deutschen Arbeiter wenn nicht ganz, dann doch zum größten Teile wieder verloren geht. Im weiteren hat es den Anschein, daß gewisse Kreise der Meinung sind, daß dem Arbeiter sofort wieder genommen werden müßte, was er durch mühselige Kämpfe sich erungen hat. Erwägungen auf dem Wege der Selbsthilfe und durch Opfer, welche gleichfalls von jener Seite den Anlaß zu der Forderung einer höheren Besteuerung der Arbeiter abgeben müßte. Der Arbeiter, der hohe Gewerkschaftsbeiträge zahlt, kann auch höhere Steuern bezahlen, so meinen sie. Hat er denn durch seine Beiträge bessere Verhältnisse geschaffen, dann kann er wieder höhere Steuern bezahlen. So reden die Leute, denen der Staat, also die Allgemeinheit, die größten Vorteile mißlos in den Schoß wirft, ohne persönliche Opfer. Ob die Berechtigung dazu vorliegt, wollen wir nicht untersuchen, wir meinen aber gerade diese Beschlüsse hätten besonderen Anlaß zur Vorsicht gegenüber dem wirtschaftlich Schwächsten, dem Arbeiter.

Kein christliches Begräbnis. Es steht nicht vereinzelt da, daß sozialdemokratische Verbände ein christliches Begräbnis ihrer Mitglieder oder deren Angehörigen zu verhindern suchten. Wir haben des öfteren darüber berichtet. Ein gleicher Vorgang ereignete sich in Berlin in der Jesugemeinde. Herr P. Braun berichtet darüber in den „Monatlichen Nachrichten“:

„Sie (Frau L.) hat viele Jahre lang in Herz und Haus, an Leib und Seele schwere Lasten getragen; sie besaß unsere ganze Teilnahme, und wir erwiderten nicht, sie materiell und seelsorgerlich, zumal auf ihrem letzten schweren Krankenlager zu unterstützen. Aber den letzten Liebesdienst, ihr eine christliche Beerdigung zu teil werden zu lassen, hat uns der unbedachtene Geist des Unsterblichkeitsfanatismus verweigert. Der sozialdemokratische Mann der Entschlafenen schrieb uns in einem, sonst sehr freundlichen Dankbriefe, daß er von seinem Verbannte, der ihn bei der Beerdigung der Frau unterstützte, verpflichtet worden sei, auf die Begleitung eines Freigläubigen zu verzichten.“

Aufrechte Menschen, so sagt die „Aren-Zeitung“ dem Bericht hinzu, lassen sich natürlich keine solchen Vorschriften machen; aber man muß zugeben, daß es oft schwer sein mag, in einer sozialdemokratischen Organisation ein aufrechter Mann zu bleiben. Erst wenn die Konkurrenz der christlichen Gewerkschaften das sozialdemokratische Organisationsmonopol völlig gebrochen haben, kann ihnen Freiheit in Privatsachen werden. Dann werden sie aufatmend sagen können: „Nun dürfen wir wieder!“ — Wir haben dem nichts hinzuzufügen, es ist leider so. Muß solches aber nicht zum schärfsten Protest herausfordern? Wir können nur immer wiederholen, heraus aus den sogenannten „freien“ Gewerkschaften. Dort ist keine Stätte der Freiheit, sondern der brutale Gewissenszwang. Wie lange noch christliche Arbeiter, wolle ihr auch derartiges bieten lassen?

Wirtschaftliche Bewegung.

Zugzug fernhalten: Weihenburg i. G., Aussperrung (Maurer Zimmerer und Bauhilfsarbeiter), Bochum (Sperrung über Hermann Wingenfeld), Gelsenkirchen (Sperrung über Hermann Wingenfeld), Essen, Ruhr (Stukkateure) Sperrung über den Zwischenmeister Helmerich (St. Andreaskirche) in Rittenscheid, Zugzug nach dem Steinbetriebe Neue Wäldermeier Kalkwerk, Peizelberg (Gips), Saarbrücken (Gips) ist fernzuhalten.

Bezirk Posen-Schlesien.

Die Tarifbewegung, oder besser gesagt, der Kampf um den „Musterarif“ hat im hiesigen Bezirk in letzter Zeit eine lebhaftere Gestalt angenommen. Ingesamt stehen 19 Verwaltungskreisen in der Bewegung. Mit Ausnahme von einigen Orten ist in Posen eine lebhafteste Betätigung zu erwarten.

In Posen sehen die Kollegen, mit Rücksicht auf die schlechte Konjunktur von einer Lohnforderung ab, nur für die Zimmerer eine solche gefordert, um sie dem jetzigen Maurertarif gleichzubringen, da derselbe um 2 Pf. niedriger ist. Die Unternehmer unterbreiteten den Mustertarif. Verschiedene Verhandlungen endigten resultatlos, da die Unternehmer erklärten, an dem einseitig diktierten Vertragsentwurf nichts ändern zu können. Nunmehr ist es ruhig geworden, jedenfalls die Ruhe vor dem Sturm.

In Argentinien stellten die Kollegen bereits im Dezember Lohnforderungen und zwar von 37 auf 42 Pf. „Schon“ am 1. Februar erhielten sie Antwort von den Unternehmern, und einige Tage später den „Mustertarif“ in etwas gemildertem Form. Es wurde ihnen 1 Pf. Lohnverhöhung angeboten, und am 28. Februar Verhandlung angefangen. Letztere verlief resultatlos, da sich die nötigen Informationen zu verschaffen. In Breslau begleiteten die Unternehmer den „Mustertarif“ mit dem „Angebot“ die Arbeitszeit von 9 1/2 auf 10 Stunden zu verlängern. Die Kollegen waren anderer Meinung und beantragten Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 1/2 Stunden und Lohnverhöhung um 5 Pf.

In Kopen unterbreiteten die Kollegen bereits im alten Jahre ihre Forderung den Unternehmern. Sie erhielten als Antwort das „berühmte“ Dokument mit der Bestimmung, sich mit 36 Pf. für einen „ächtigen“ Maurer auf zwei Jahre zu begnügen. Dagegen sollten die Kollegen sich verpflichten, bei organisierten Unternehmern nicht unter 43 Pf. zu arbeiten. Eine stattgefundene Unterhandlung verlief infolge des Starrens der Unternehmer resultatlos, eine Versammlung der Kollegen lehnte die Vermutungen der Unternehmer ab. Auf nachgehende weitere Verhandlungen erhielten wir folgenden Schriftsatz: „In Erwiderung der Zuschrift vom 3. d. Mts. gereicht Ihnen zum Bedauern, daß die von Ihnen darin gestellten Änderungsanträge diesseits nicht zugestimmt werden können. Anbei folgt nochmals Vertragsentwurf zur endgültigen Annahme. Sprechers wird ersucht, die Annahme bis zum Donnerstag, den 13. d. Mts., nach hier an den unterzeichneten Delegierten hinzureichen, andernfalls versehen Sie die diesseitigen Arbeiter in die Lage, annehmen zu müssen, daß Sie zu einem Vertragsabschluß nicht geneigt sind. Weitere mündliche Verhandlungen halten wir für zwecklos. Wachsmuth, Kreisdelegierter.“ Das konnten die Unternehmer doch gleich mitteilen haben, indem sie bei Lieberfindung ihres ersten „Vertragsentwurfs“ sagten, der Vertrag muß so angenommen werden wie er ist, Verhandlungen darüber haben keinen Zweck. Warum dann Komödie spielen? Unsere Kollegen haben erklärt, daß sie in weiteren mündlichen Verhandlungen bereit sind, eine weitere Antwort darauf aber bis heute nicht erhalten.

In Kempen i. P. steht der Stundenlohn heute auf 31 Pf. Die Kollegen haben eine Erhöhung von 5 Pf. gefordert. Die Arbeitgeber sind bereit, 2 Pf. zuzuliegen — unter Anerkennung des „Mustertarifs“. Die Verhandlungen verliefen resultatlos, da die Unternehmer nicht von ihrem Standpunkt abgehen.

In Kruschi stellten die Kollegen im verfloßenen Jahr 22 Wochen. Sie stellten nunmehr wiederum die Forderung, Erhöhung des Lohnes von 45 auf 47 Pf. Mit Zustimmung des Arbeitgebertarifs ging auch gleich die Einladung zu Verhandlungen zu. Die Arbeitgeber sind bereit Lohnaufbesserungen einzusetzen zu lassen, auch den „Mustertarif“ einige Gistähne auszubereiten. Eine Einigung wurde noch nicht erzielt, wozu viel persönliche Reiberei des Vorsitzenden (ein Arbeitgeber) mit Lohnkommission beitrug.

In Pafosch, wo ebenfalls Lohnverhöhung von 40 auf 45 Pf. beantragt ist, verliefen die Verhandlungen resultatlos, da sich um sich in ihren Seuten zu einigen. Sie boten 1 Pf. Lohnverhöhung für zwei Jahre und den „Mustertarif“. Unverständlicher Sache ging die Versammlung auseinander.

In Söhnensalza wurde mit Rücksicht auf die ungünstige Beschäftigung eine Lohnverhöhung von nur 2 Pf. gefordert. Es blieb lange Zeit ruhig, bis die Nachricht kam, die Arbeitgeber wollten sich Anfangs März dem Arbeitgeberverband anschließen. Wir erhielten Einladung zu Verhandlungen auf den 28. Februar und einen abgeschwächten Arbeitgeberverbandstarif. Die Arbeitgeber wollten von dieser Forderung später nichts wissen, der Mustertarif behagt ihnen nämlich selbst nicht. Weitere Verhandlungen wurden bis zum 10. März vertagt. Eine Erörterung unserer Position hat der soziald. Zimmererverband verursacht, indem derselbe von einer Lohnforderung Abstand nahm.

In Gnesen hatten die Kollegen noch keine Stellung zu der Vertragsfrage genommen, als ihnen von Seiten der Unternehmer der sonderbare Antrag gestellt wurde, den bisherigen Mindestlohn in Höchstlohn umzuwandeln. Eine mündliche Verhandlung vor dem Gewerbegericht, welcher nach zweimaligem Schreiben stattgegeben wurde, ergab, daß die Unternehmer von dem Angebot nichts wissen wollten, als ihnen dasselbe jedoch vorgelegt wurde, mußten sie es zugeben. Die Unternehmer sagten das nunmehr zurück und wollten unsere Forderung abweisen. Unsere Kollegen beschloßen nunmehr den Arbeitgebern die Lohnverhöhung um 5 Pf. zu unterbreiten.

In Sagan wurde Erhöhung des Lohnes von 36 auf 40 Pf. gefordert. Lohnverhöhungen wollen die Unternehmer keine bekommen, aber das „Musterdokument“ zur Anerkennung bringen. Sie jammern furchtbar in der Presse über die bösen Maurer, und auch Feuer eine Lohnverhöhung haben wollen. Von Schröpfen ist hier doch wohl keine Rede sein, denn 40 Pf. Stundenlohn unter den jetzigen Verhältnissen ist doch eher zu tief wie zu hoch.

In Schönlanke und Mogilno stehen noch die Antworten der Arbeitgeber auf die eingereichten Forderungen aus. Aus dem gesamten Gang der Dinge ist wohl kaum auf eine friedliche Lösung der schwebenden Streitfragen zu schließen.

Bezirk St. Johann-Saarbrücken.

Im Saargebiet sind am Montag, den 1. März, sämtliche Arbeiter (über 500) seitens des Arbeitgeberverbandes angesprochen worden. Die im Saarverband organisierten Gehilfen hatten den neuen Tarifvertrag unter Beibehaltung des bisher geltenden Stundenlohnes eingereicht. Nur einige Verbesserungen und Affordräge waren verlangt worden. Nachdem im Januar einseitig eine Verhandlung zwischen den Gehilfen und dem Arbeitgeberverband stattgefunden hatte, fand am 16. Februar eine Generalversammlung des Gipferverbandes statt, in der beschlossen wurde, an den gestellten Forderungen festzuhalten. Hier wurde dort beschlossen, daß ein Vertreter des christlichen Bauhandwerkerverbandes mit hinzugezogen werden solle. Am 2. Februar fand eine weitere Verhandlung statt, an der auch einige Häuser von unserem Verbands teilnahmen. Neben den Arbeitgebern waren auch die Sekretäre Hoffmann von der Handwerkskammer und Bis von Karlsruhe anwesend. Jedoch war keine Einigung möglich. Die Arbeitgeber hatten einen Vertragsentwurf vorgelegt, welcher eine durchschnittliche Lohnvergrößerung von 8 Pf. die Stunde bedeutete. Demgegenüber waren die ganze Reihe Verschlechterungen vorgesehn bei den Affordrungen. Da den Gehilfen zugemutet wurde, dieses zu akzeptieren, wurde keine Einigung möglich. Besonders der Sekretär des Arbeitgeberverbandes glaubte so recht den Herrenmenschen herzutreten zu sollen. Daraufhin wurde die Aussperrung für den 1. März beschlossen. Ein ganzer Teil der Kollegen arbeitete im Afford, und wurden trotzdem unter Vertragsbedingungen auf Straßenspaziergängen geworfen, während ein anderer Teil überhaupt noch nicht gearbeitet hatte. Da die Gehilfen glaubt, daß in einem guten Verhältnis mit ihren Meistern

leben zu können, hatten sie sich in einer Lokalorganisation zusammengeschlossen, mit einem Monatsbeitrag von 25 Pf. Daß mit solchen Beiträgen keine Kampfeskassen geschaffen werden können, versteht sich von selbst. Dieses sollte den Kollegen zum Bewußtsein werden. Der Arbeitgeberverband hat das patriarchalische Verhältnis, welches bisher zwischen Meister und Gesellen bestand, mit einem Schlage zerstört. Durch das rigorose Vorgehen sind die Gehilfen zu der Ansicht gekommen, nicht mehr ihr Geiß allein von dem guten Willen der Arbeitgeber zu erwarten. Am 4. März fand hierherhalb eine außerordentliche Generalversammlung des Gipferverbandes statt. Kollege Häuschen referierte zunächst über die stattgefundene Verhandlung und die erfolgte Aussperrung. Es wurde von den über 300 anwesenden Kollegen der einstimmige Beschluß gefaßt, den Lokalverband aufzulösen und sich unserer Organisation anzuschließen. Dadurch ist ein Wendepunkt in Saarabien vor sich gegangen. Nunmehr wird unser Verband den Kampf gegen die beschriebenen Verschlechterungen aufnehmen.

Mit den Kollegen allerorts richten wir das Ersuchen, den Zugang fernzuhalten. Es wird dann nicht schwer werden, den Kampf durchzuführen. Ein Teil der Arbeitgeber ist schon wankelmütig, während andere sich zur Unterzeichnung des Tarifs bereit erklärt haben. Die Aussperrungspläne gehen hauptsächlich von dem Sekretär des Verbandes aus. Auch die schwarzen Listen sind bereits in Tätigkeit. Dieses mag zur Orientierung genügen, wir werden später ausführlich berichten.

Bezirk Danzig.

Lauenburg i. Pom. Am Sonnabend, den 29. Februar, fand eine öffentliche Bauhandwerker-Versammlung statt. Kollege Müller aus Danzig war als Referent erschienen, und beschäftigte sich die Versammlung mit den von den Arbeitgebern an die Gesellen-Brüderschaft geforderten Tarif, welcher geradezu ein Ultimatum darstellte. Doch geschickte einem großen Teile der Lauenburger Kollegen ganz recht. Anstatt sich der Organisation anzuschließen, hatten die meisten an der Gesellen-Brüderschaft fest. Welchen Respekt die Unternehmer vor einer solchen Vereinigung haben, wird wohl nun nach den neuesten Vorgängen allen klar sein. Die Brüderschaft reichte den Unternehmern eine Lohnforderung von 43 Pf. Stundenlohn ein. Die Unternehmer sandten als Antwort der Brüderschaft einen Tarif zu, in dem verlangt wird, daß die Gesellen diesen unterschreiben. Der Tarif lautet auf drei Jahre, und bietet für diese Zeit einen Stundenlohn von 39 Pf. bei 11stündiger Arbeitszeit. Arbeiter über Land werden bei 12stündiger Arbeitszeit mit 45 Pf. entlohnt. Da die Gesellen sich nicht für einen so „hohen“ Lohn auf drei Jahre festlegen ließen, versuchten die Unternehmer am 18. Februar eine zweite Probe, indem bei dem Unternehmer Danaschke alle Maurer vom Bau ins Kontor gerufen und genötigt wurden, diesen Tarif zu unterschreiben. Ein Kollege unseres Verbandes erklärte dem Unternehmer, daß kein Knecht sich auf drei Jahre vermicdet; ein Tarif, der auf drei Jahre keine Vorteile bringt, kann von keinem Gesellen unterschrieben werden. Nach diesem mutigen Vorgehen unterschrieb kein einziger, worauf dann unser Kollege sofort entlassen wurde. Die übrigen sollten am Abend folgen; doch besann sich der Meister eines anderen und stellte alle nicht dem Verband angehörigen Kollegen wieder ein, und zahlt anstatt früher 2,50 M nur 3,50 M täglich. Nach diesem mißlungenen Versuch, die Gesellen zur Unterschreibung zu zwingen, ist am Sonnabend, den 27. Februar, den Zimmerergehilfen bei der Firma Kaufmann erklärt worden, wer bis Sonntag, 6 Uhr, den Tarif nicht unterschrieben hat, bekommt keine Arbeit mehr. Kollege Müller feuzzeichnete ein derartiges Plakettchen gebührend, und forderte die Kollegen auf, daß keiner der es ehrlich mit sich und seiner Familie meint, einen solchen Tarif unterschreiben kann. Er forderte alle auf, sich der christlichen Organisation anzuschließen, nur dadurch wird es auch in Lauenburg möglich sein, die miserablen Verhältnisse zu bessern. Denn von Neubuden und sonstigen Einrichtungen weiß man in Lauenburg nichts. Mit scharfen Worten tabelte der Redner die Ineffektivität so vieler Kollegen, welche den bereits organisierten Kollegen allerlei Schwierigkeiten bereiten, und somit den Kampf der organisierten Kollegen erschweren, ihren eigenen Stand damit in den Schmutz drücken und ein reaktionäres Unternehmertum unterstützen. Die Parole muß nun heißen für alle Zimmerer und Maurer, hinein in den Zentralverband christlicher Bauhandwerker.

Verbandsnachrichten.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstagmorgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Dachdecker.

Berlin. In der Sitzung vom 19. Februar wurde der Geschäfts- und Kassenbericht gegeben. Nachdem im Vorjahre eine bedeutende Aufnahme von Mitgliedern stattgefunden hatte (136), hat sich gezeigt, daß unter denselben auch viel Spreu war, welche ausgeschlossen werden mußte. Nach dem Geschäftsbericht sind im abgelaufenen Jahre aufgenommen 77, ausgeschlossen resp. ausgeschlossen 121, davon selbständig geworden 5, durch Eintritt in eine andere Beschäftigung 10, zu den „freien“ Gewerkschaften übergetreten 4, abgewiesener 13, ausgeschlossen wegen Streikbruch 16 und wegen rückständiger Beiträge 73. Versammlungen fanden 20 statt, davon 12 ordentliche und 8 außerordentliche, sowie 5 Vorstands- und mehrere Vertrauensmännerversammlungen, außerdem Sitzungen des Vorstandes mit der Lohnkommission. Der durchschnittliche Besuch der Versammlungen war 63. Unterstühnigsberechtigten Krankheitsfälle kamen 10 vor mit 181 Krankheitsagen. Auf dem paritätischen Arbeitsnachweis meldeten sich 538 Arbeitsuchende, offene Stellen waren 574, besetzt wurden 350. Der Kassenbericht zeigt folgendes Resultat. Es sind an Marken abgegeben: 61 Eintrittsmarken gleich 30,50 M.; 4164 Beitragsmarken à 65 Pf. gleich 2706,60 M.; 1180 Beitragsmarken à 45 Pf. gleich 531 M.; 826 Arbeitslosensmarken à 20 Pf. gleich 165,20 M.; 205 Arbeitslosensmarken à 25 Pf. gleich 51,25 M.; 842 Extramarken à 65 Pf. gleich 547,30 M.; 243 Extramarken à 45 Pf. gleich 109,35 M.; 534 Losalsondarmarken à 25 Pf. gleich 133,50 M.; 1365 Losalsondarmarken à 10 Pf. gleich 136,50 M. Ganze Einnahme der Marken gleich 4414,20 M. An die Zentralkasse wurden gesandt 3401,27 M. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 1100,58 M., einen Bestand von 1109,29 M., zusammen 2209,87 M., und eine Ausgabe von 1721,08 M., bleibt ein Bestand von 487,99 M. In der Ausgabe ist ein Zuschlag zur Streikunterstützung von 993 M. — In der von April bis Juni dauernden Lohnbewegung waren beteiligt 153 Mitglieder, welche eine Gesamtsumme von 9002,25 M. verursachten. Hieron wurden durch Zuschlagsbeiträge aufgebracht 1040,85 M. und aus der Lokalkasse ein Zuschlag gezahlt von 993 M. Hierauf hielt der zweite Vorsitzende, Kollege Schmidt, noch einen lehrreichen Vortrag über die gelben Gewerkschaften, welcher verständnisvollen Beifall fand. Die Zentralisation der Berliner Zahlstellen zu einer einheitlichen Verwaltungsstelle fand in der vorherigen Sitzung, nach dem Vorschlag der gemeinsamen Vorstandesitzung, nach längerer Debatte Annahme. Im Kuratorium des Arbeitsnachweises wurde Kollege E. Göhle gewählt. Das abgelaufene Jahr schließt nicht so günstig ab, wie das Vorjahr, was zum Teil daran liegt, daß im Anfang des Jahres der Tarif abließ und infolgedessen sich im Vorjahr viele zum Verband drängten, um im Fall der Aussperrung die Unterstützung der Organisation zu haben und nach Abschluß desselben wieder andere die Kosten tragen lassen, zum Teil an die schlechte

Konjunktur, welche am Ende des Jahres eintrat. Im allgemeinen ist auch das abgelaufene Jahr nicht als ungünstig für uns zu bezeichnen. Hat es auch große Opfer von den Mitgliedern gefordert, so sind dieselben doch nicht umsonst gebracht, da ein für uns günstiger Tarifabschluss das Resultat war, welcher besonders bei der jetzigen schlechten Konjunktur von besonderem Wert ist. Darum, Kollegen, arbeitet weiter und laßt euch nicht irre machen von den bedauernswerten Geschöpfen, welche in ihrer Kurzsichtigkeit den Wert der Organisation nicht zu schätzen wissen und ihre eigenen Interessen mit Füßen treten. Zeigt, daß ihr weitblickende Männer seid. Besucht die Versammlungen, studiert euer Organ, zahlt die Beiträge pünktlich und haltet den Tarif hoch. Schätzt es euch zur Ehre, ein vollgültiges Mitglied der christlichen Gewerkschaft zu sein. Wenn jeder seine Pflicht tut, werden wir auch in der schlechten Zeit die durch schwere Opfer und Kämpfe errungene Position der christlichen Dachdecker in Berlin erhalten und weiter voranzubringen.

Maurer.

Objekten. In unserer Generalversammlung referierte Herr Zirner von Lechhausen über die historische Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung und deren Notwendigkeit in heutiger Zeit. Kollege Jakob (Lechhausen) gab einen Rückblick über die Tätigkeit des verfloßenen Jahres in Augsburg und Umgebung. Derselbe besprach auch die Augsburger Verhältnisse bei den einzelnen Bauunternehmern und wies mit Recht darauf hin, wie notwendig es für die Bauarbeiter sei, sich jetzt zusammenzuschließen. Aber auch nicht zu erlahmen an Opfermut und agitatorischer Arbeit, denn nur durch stramme Organisation und starke Kassen kann es möglich sein, den Unternehmerverbänden gegenüber standzuhalten. Was in anderen Städten schon längst möglich war, sollte doch auch für Augsburg endlich einmal möglich sein durchzuführen. Deshalb fräftige Agitation unter den Kollegen. „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“ muß unsere Parole sein. Die Berichte der Vorstandschaft, sowie des Kassierers ergaben eine nachahmenswerte Geschäftsführung, was auch zur Folge hatte, daß der ganze Ausschuß einstimmig wiedergewählt wurde. Hierauf schloß der Vorsitzende mit einigen Dankesworten an die Kollegen, sowie den beiden Rednern, die schön verlaufene Versammlung.

Bezirk Berlin. In Steglitz tagte die Generalversammlung, in welcher Kollege Throck über die augenblicklichen Verhältnisse im Berliner Baugewerbe referierte. — In Werther wurde die Vorstandswahl getätigt, ebenso die Wahl einer Lohnkommission. Die Versammlungen sind jeden ersten Sonntag im Monat, und zwar vom 1. April bis 1. Oktober nachmittags 4 1/2 Uhr, die übrige Zeit um 3 Uhr. Dem Kassierer wurden 10 M als Entschädigung für seine Mißverwaltung bewilligt. Beschlossen wurde, in der betragsfreien Zeit wöchentlich 10 Pf. zur Stärkung der Kassa zu erheben.

Bezirk Bochum. Der auf der Generalversammlung in Dortmund erstattete Bericht vom vierten Quartal ergab bei einem Markenumsatz von 18586 Stück die Einnahme von 10757,50 M., wovon 8271,50 M. an die Zentralkasse abgeführt wurden. Insgesamt wurden verkauft im Jahre 1907: 93411 Marken; die Einnahme hierfür betrug 48070,70 M. An die Zentrale wurden 33300,25 M. eingesandt; der Lokalkassenbestand beträgt 6379,36 M. Die Konjunktur in der Stadt Dortmund selbst war nicht die beste, jedoch fanden die Kollegen in der Umgebung Arbeit, wo wir der Nachfrage nach Arbeitern nicht genügen konnten. Wir haben unter dem großen Wechsel der Mitglieder, besonders unter den Bauhilfsarbeitern zu leiden. Ebenso unter den vielen fremdbüchigen Arbeitern, welche kaum für die Organisation zu gewinnen sind. Aufgenommen wurden 1039 Mitglieder. Beschlossen wurde, einen Lokalausschlag von 5 Pf. zu erheben. — In Castrop betrug die Jahreseinnahme 1545,05 M. An die Hauptkasse wurden eingesandt 1072,76 M., an die Bezirkskasse 238,44 M.; die Lokalausgaben betragen 168,09 M. Bleibt mithin ein Kassenbestand von 45,76 M. Abgehatten wurden 18 Mitglieder und eine öffentliche Versammlung, sowie acht Vorstandssitzungen. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des ersten Quartals 70, im zweiten 75, im dritten 80 und im vierten 80 Mitglieder. Durch den Anschluß an das Ortsratell sind Fortschritte zu verzeichnen. Die Vertreter an der Ortsratellkasse und dem Gewerbeamt sind vom Kartell aufgestellt. Das Versammlungslokal ist wie bisher beim Wirt Westerbuch und finden die Versammlungen alle 14 Tage Samstag statt. — Die Jahreseinnahme der Zahlstelle Werden a. d. R. betrug 1143,40 M., die Mitgliederzahl am Schluß des Jahres 39. Die Mitglieds- und Ertragsbeiträge wurden fast vollständig entrichtet. Es fanden 20 Mitglieder, eine öffentliche und eine außerordentliche Versammlung statt. Geklagt wird über den schlechten Versammlungsbefuch. — In Suer tagte die Generalversammlung, in welcher der Jahresbericht erstattet und die Vorstandswahl getätigt wurde. Voraussetzlich wird die Konjunktur gut und wird die Zahlstelle damit weitere Fortschritte erreichen. — In Realinghausen-Eid erstattete der Kassierer den Jahresbericht. Die Einnahme für 1907 betrug 4015,65 M.; davon wurden 3373,23 M. an die Zentrale abgeführt, 341,05 M. an die Verwaltungskassenkasse, und verbleiben der Lokalkasse 301,37 M., denen eine Ausgabe von 296,63 M. gegenübersteht. Das Lokalvermögen beträgt mit dem alten Bestand 238,65 M. Die Mitgliederzahl betrug durchschnittlich 217. Neuaufgenommen wurden 106. Es wurden abgegeben 23 Versammlungen und 13 Sitzungen. Kollege Koch (Bochum) hielt einen Vortrag über das Thema: „Was der Arbeiter von der Invalidenversicherung wissen muß.“ Dem Vorsitzenden wurden 15 M., und dem Kassierer ein Prozent der Einnahme als Entschädigung für ihre Mißverwaltung zugewilligt.

Bezirk Danzig. Der auf der Generalversammlung der Maurer in Danzig erstattete Jahresbericht stellte eine Mitgliederzahl von 203 fest. Der Kassenbericht stellte einen Fortschritt dar. Abgehalten wurden 18 Mitglieder- und zwei Generalversammlungen, sowie 18 Vorstandssitzungen. Eine Versammlung wurde mit den Zimmerern gemeinschaftlich und vier in Langsufz abgehalten. In denselben wurden Vorträge über verschiedene beherrschende Thematiken gehalten. Kollege Müller referierte über das verfloßene Jahr und die Mittel, mit welchen uns unsere Feinde bekämpften. Trotzdem geht es vorwärts. — In Dirschau hielten die Zimmerer ebenfalls ihre Generalversammlung ab. An Beiträgen wurden an die Zentrale gesandt 426,02 M.; der Lokalkassenbestand beträgt 57 M. Nach der Wahl des Vorstandes referierte Kollege Müller über die Aufgaben, welche uns in der Zukunft bevorstehen.

Düren. Am 16. Februar tagte im Lokale des Herrn Peter Maurer unsere diesjährige Ausschusssitzung der Verwaltungsstelle. Auf der Tagesordnung stand: 1. Jahres- und Kassenbericht; 2. Bericht der Delegierten der Zahlstellen; 3. Vorstandswahl; 4. Erledigung von Anträgen; 5. Referat des Kollege Lange (Köln). Der Vorsitzende, Kollege Kalz, warf einen kurzen Rückblick auf das verfloßene Jahr und hob hervor, daß durch die Zentralisation innere und äußere Fortschritte zu verzeichnen waren. Im Berichtsjahr wurden an Versammlungen insgesamt 45, Kartellsitzungen 4, Konferenzen 2 besucht. Vorstandssitzungen wurden 8, Delegiertenitzungen 6, Ausschusssitzungen zwei abgehalten. Zahlstellen wurden sechs gegründet. Briefe, Karten und Drucksachen gingen 143 ein; 244 aus. Ankünfte an Kollegen wurden fünf erteilt; Berichte an die Presse 12. Prospekturen und Flugschriften wurden 136 vertrieben. Wegen Differenzen mit den Arbeitgebern mußte zweimal vorstellig werden. Um die geistige Hebung zu fördern, wurde eine Bibliothek angelegt, welche leider noch nicht genügend gerüstet wird. Hierauf erstattete Kollege Rischen den Kassenbericht. Die Einnahme für die Hauptkasse betrug im Berichtsjahre 2395,10 M., die Ausgabe 84,15 M. Die Einnahmen der Lokalkasse betragen 943,50 M.

die Ausgaben 359,08 M. In die Bezirkskasse wurden abgeführt 288,35 M. Kassenbestand inkl. Kassenbestand von 1906 84,44 M. Der Mitgliederbestand betrug am Schlusse des vierten Quartals 1906 78, am Schlusse des vierten Quartals 1907 240. Nachdem die Delegierten Bericht erstattet hatten, wurde die Vorstandswahl getätigt und folgende Kollegen gewählt: als 1. und 2. Vorsitzender Kälz und Fehnder; als 1. und 2. Kassierer Nischen und Willms; als 1. und 2. Schriftführer Schlepitz und Klagen; als Beisitzer Wasserhoven und Steinarbeiter; als Revisoren Freialdenhoven und Löwenich. In der Diskussion wurde besonders noch hervorgehoben, daß die Kassierer einzelner Baustellen die B- und C-Formulare besser ausfüllen möchten und die Abrechnungen pünktlicher einreichen sollten. Es wurde in bezug auf den letztgenannten Punkt der Beschuß gefaßt, die lauen Baustellen für die unnötigen Verwaltungsstellen in Zukunft haltbar zu machen. Auch in bezug der Baudelegierten muß die Gleichgültigkeit schwinden. Pflicht der Kollegen ist es, wo noch kein Baudelegierter ist, einen solchen zu wählen. Zu Punkt 4 wurde folgender Antrag einstimmig angenommen: Jede Baustelle unter 100 Mitglieder wählt zwei Delegierte, für jede weiteren angegangenen 100 Mitglieder einen mehr zur Ausschüpfung. Koll. Lange sprach über das Thema: Die allgemeine Lage im Baugewerbe. Hervorhebend, wie die wirtschaftliche Krise entstanden ist, schilberte Redner, wie man von Seiten der Unternehmer bestrebt sei, die unglückliche Lage durch Lohnreduzierungen usw. zum Schaden der Arbeiter auszunutzen. Auf die Kündigung der Tarifverträge hinweisend, hierbei die Zentralisation der Arbeitgeberverbände streifend, führte der Referent die jetzige Situation den Anwesenden klar vor Augen, welche denn auch die sehr reichen Ausführungen sich zu Herzen gehen ließen. Mit dem Appell, die Extrabeiträge alle zu entrichten, schloß Redner seinen befaßigt aufgenommenen Vortrag. Mit dem Wunsche, die heutigen Anregungen in der Tat umzusetzen und in den Baustellenversammlungen Bericht zu erstatten, schloß der Vorsitzende die Ausschüpfung.

Bezirk Frankfurt a. M. Die Generalversammlung in Breitenau (Westerwald) war fast vollzählig besetzt. Kollege Joh. Müller (Niederelbert) referierte über die Notwendigkeit der Organisation. Zur Konferenz nach Langenbernbach wurde Kollege Joh. Normann bestimmt. — In **Morsbach** und **Schneelberg** fanden die Generalversammlungen mit Kassenbericht und Vorstandswahl statt. — In **Müders b. Flieken** referierte Kollege Köder (Fulda) über Koalitionsrecht. Außerdem wurde der Vorstand neugewählt. — In **Siesel** tagte eine gut besuchte Versammlung, in welcher namentlich die abwandernden Kollegen stark vertreten waren. Eine Bücherkontrolle ergab, daß von 54 Kollegen alle bis auf zwei die Extrabeiträge bezahlt haben. Letztere verprachen dies ebenfalls nachzuholen. Gezählt wurde, daß verhältnismäßig viele Arbeitslosenmarken geblieben wurden. — In **Alendorf** (Kr. Kirchheim) referierte Koll. Hoffe über die wirtschaftliche Entwicklung und die Notwendigkeit der Gewerkschaften. Die Kollegen wurden zum eifrigen Ausbau der Organisation aufgefordert.

Bezirk Hannover. In Hannover wurde in einer sehr gut besuchten außerordentlichen Mitgliederversammlung die Zentralisation der einzelnen Berufe beraten. Folgende Grundzüge wurden angenommen: 1. Die Baustellen der Maurer, Bauhilfsarbeiter, Zimmerer, Dachdecker und Stukkateure gehen mit Inkrafttreten der Zentralisation mit gleichen Rechten und Pflichten in eine gemeinsame Verwaltungsstellenkasse über. 2. Die Kassierer jeder Berufsgruppe rechnen ab dann nur mit dem Verwaltungsstellenkassierer ab. 3. Der Verwaltungsstellenvorstand setzt sich aus den Vorsitzenden der einzelnen Baustellen zusammen; der Verwaltungsausschluß aus den Gesamtvorständen genannter Gruppen. Ein Antrag, von jetzt ab 70 Pf. Wochenbeitrag zu erheben, wurde abgelehnt, dagegen der Antrag, in den Monaten Mai und Juli je eine Extramarke von 50 Pf. zu erheben, angenommen. In **Schleis** waren im verfloffenen Jahre 53 Neuaufnahmen zu verzeichnen. Durch die Lohnbewegung wurden durchschnittlich 5 Pf. Lohnerrhöhung und die zehnstündige Arbeitszeit erreicht. Sechs Kollegen wurden gemagtregelt, welche jedoch sofort wieder anderweitige Beschäftigung erhielten. Neu aufgenommen wurden wiederum vier Kollegen. Da die Unternehmer den abgeschlossenen Vertrag nicht jagungsgemäß gehalten, wurde die Einreichung eines neuen Tarifs beschlossen. In **Weserode**, **Sattenhausen**, **Hildesheim** und **Mühlhausen i. Th.** fanden die Generalversammlungen mit Kassenbericht und Vorstandswahl statt. Die Bauhilfsarbeiter in Hannover nahmen die Zentralisation an. Die **Arbeiter** erhöhten freiwillig ihren Beitrag um 5 Pf. Die Kartellbeiträge bleiben bestehen wie seither. Um den Versammlungsbesuch zu heben, soll eine schärfere Kontrolle eingeführt werden. In **Sittungen** war eine Jahres-einnahme von 320,55 M. zu verzeichnen. Die Mitgliederzahl stieg von 15 auf 31. Kollege **Sebold-Rindhorst** hielt einen Vortrag über die christlichen Gewerkschaften in der Arbeiterbewegung und der Volkswirtschaft.

Bezirk Karlsruhe. In Zimmerheim fand am 20. Februar eine öffentliche Bauhandwerkerversammlung statt, welche gut besucht war. In derselben referierte Kollege Heurich über die Notwendigkeit der christlichen Gewerkschaften. In **Reutershäusen** und **Bierheim** fanden Mitgliederversammlungen mit Vorstandswahl statt. In ersterer referierte Kollege Red.-Heidelberg über die gegenwärtige Lage im Baugewerbe. In **Bierheim** in bezug auf die nach Frankfurt entsandte Delegation über das Ergebnis der dortigen Verhandlungen. In **Mühlhausen i. O.** konstatirte der Jahresbericht einen erfreulichen Fortschritt. Die Kollegen wurden ermahnt, die früheren Arbeitswilligen, welche heute ihre Schulbildung in der Organisation tun, nicht mehr über die Schulter anzusehen. Die Kollegen wurden aufgefordert die noch rückständigen Extrabeiträge baldigst nachzugeben. In **Ehrenweiler** tagte die Generalversammlung, in welcher Kollege **Staller aus Mühlhausen** referierte. In **Strasbourg** beschloß die Generalversammlung die Einführung einer lokalen Arbeitslosenunterstützung, da die Stadt zu derselben 50 Proz. zuzahlt. Ferner wurde die Einführung des Baudelegiertenwesens beschlossen und die Beiträge um 5 Pf. erhöht, so daß der jetzige Wochenbeitrag 55 Pf. beträgt. In **Cannstatt** fand die Generalversammlung mit Vorstandswahl statt. Der Wochenbeitrag wurde von 40 auf 50 Pf. erhöht.

Bezirk Rattowitz. Die Generalversammlung in **Oppers** war mäßig besetzt. Der Kassenbericht vom vierten Quartal ergab eine Einnahme für die Zentralkasse von 355,15 M. und eine solche für die Lokalkasse von 143,28 M. Der Lokalkassenbestand beträgt 102,09 M. Die Kollegen wurden ermahnt, die Versammlungen besser zu besuchen. In **Glogau** erledigten die Kollegen in der Monatsversammlung die Vorstandswahl und die Zahlung der Beiträge.

Kassel, den 21. Februar. Auf der Tagesordnung unserer heutigen Mitgliederversammlung stand 1. Quartals- und Jahresabrechnung, 2. Wahl des Verwaltungsstellenkassierers und der Revisoren, 3. Wahl des Kassierers, 4. Bericht über die Sitzungen in Frankfurt a. M. Der Kassierer gab zuerst die Quartals- und Jahresabrechnung von der Baustelle der Maurer. An Karten wurden das ganze Jahr verkauft: 15 Eintrittsmarken, 151 Arbeitslosenmarken zu 20 und 103 zu 25 Pf.; 166 Beitragsmarken zu 25, 23 zu 30, 2334 zu 65, 3470 zu 60, 3 zu 65 Pf.; Extramarken 356 zu 50 und 370 zu 55 Pf. Gesamte Einnahme 4145,16 M.; hiervon geht ab für das erste und zweite Quartal an 15 Prozent und 5 Pf. Lokalzuschlag 666,43 M. An die Zentrale angehängt wurden 3483,73 M. Der Lokalkassenbestand betrug am Schlusse des Jahres 1906: 1395,78 M. am Schlusse des Jahres 1907: 1982,57 M. Hieran wurde die Quartals- und Jahresabrechnung von der Baustelle in Kassel verlesen. An Karten wurden verkauft:

138 Eintrittsmarken, 253 Arbeitslosenmarken zu 20, 279 zu 25; Beitragsmarken 364 zu 25, 1594 zu 30, 723 zu 35, 1850 zu 40, 855 zu 45, 2535 zu 55, 3470 zu 60, 4 zu 65; Extramarken 96 zu 30, 537 zu 35, 168 zu 40, 356 zu 50, 770 zu 55 Pf. Gesamte Einnahme 6491,36 M. Hieron geht ab an 15 Prozent und 5 Pf. Lokalzuschlag 1241,65 M.; an die Zentrale wurden gesandt 5247,71 M. Die Einnahme der Verwaltungsstellenkasse im 3. und 4. Quartal betrug 226,65 M., die Ausgabe 60,83 M.; bleibt somit Bestand der Verwaltungsstellenkasse für das nächste Quartal 165,82 M. Die Revisoren erklärten, die Sache für richtig befunden zu haben, und wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Als Verwaltungsstellenkassierer wurde Kollege **Schönekeis** wiedergewählt; zu Revisoren die Koll. **Federbusch**, **Konradin**, **Strüber** und **Gundlach** bestimmt. Aus der Wahl der Vertrauensmänner gingen hervor: **Klemens Delob**, **Joseph Wiederholt** und **Herzjet**. In Punkt 4 erläuterte Kollege **Gundlach** einen näheren Bericht über die Einigungsverhandlungen in Frankfurt a. M. Hieran um 10 1/2 Uhr Schluß der Versammlung.

München, 9. März. Heute vormittag 10 Uhr begannen hier im Rathause unter dem Vorsitz des Herrn Gewerbegerichts-vorsitzenden Dr. **Prenner** die Verhandlungen über Abschluß eines neuen Kollektivvertrages für die Hauptberufe des Baugewerbes. Der bisherige läuft am 31. März d. J. ab. Er ist von beiden Seiten gekündigt worden. Die Arbeiter haben den Arbeitnehmern einen Entwurf unterbreitet, der die wesentlichsten Punkte des bekannten „Musterarbeits“ enthält. Die Arbeitnehmer haben ihre Forderungen auch in Vertragsformen gefaßt. Die Verhandlungen drehten sich zunächst darum, welcher Entwurf als Grundlage für die Verhandlungen dienen sollte. Schließlich einigte man sich dahin, an Hand des bisherigen Vertrages zu verhandeln. Die Arbeitnehmer mit Ausnahme der im „freien“ Zimmererverbände organisierten fordern Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden. Darüber wurde nun verhandelt. Von den Arbeitnehmervertretern wurde diese Forderung mit volkswirtschaftlichen, kulturellen und praktischen Gründen begründet. Vorkämpfer der Arbeitgeber führte aus, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit unmöglich sei, weil dadurch das Bauen verteuert würde, was von den Arbeitnehmer-Vertretern stark bezweifelt wurde. Von Arbeitgeberseite wurde schließlich erklärt, daß man in bezug auf Lohn Konzessionen machen will, wenn die Arbeiter für die nächsten zwei Jahre auf Verkürzung der Arbeitszeit verzichten. Ab dann wurden die Verhandlungen auf Dienstag, den 10. März, verlagert.

Oberhausen. Unsere Versammlung am 22. Februar nahm einen sehr anregenden Verlauf. Zunächst wurde Bericht erstattet über die letzte Kartellisierung, wonach in den umliegenden Ortskartellen der Gedanke wachgeworden, sich zu einem Bezirkskartell zusammenzuschließen und einen Beamten für dasselbe anzustellen, der dann auch die kleinen Berufsgruppen, die sich keinen Beamten halten können, zu unterstützen hat. Um dieses zu ermöglichen, mußte der Kartellbeitrag erhöht werden. Dieses fand allgemeine Zustimmung der Versammlung. Eine erregte Debatte folgte der Verlesung eines Schreibens vom Bezirksvorstand, worin es unter anderem heißt, „daß eine volle Einigkeit in den Baustellen herrschen muß, ist selbstverständlich. Auch denken wir unsere kleine 5-Pf.-Beitragserrhöhung, die zudem nur für die Lokalkasse der Verwaltung ist, nicht näher begründen zu brauchen. Auch ist allen Kollegen bekannt, daß man mit starken Kassen viel eher was erreichen kann, als wenn man sich immer nach der Dede strecken muß, denn auch dadurch leidet die Agitation, und das wollen wir wohl alle nicht. Kollegen, die trotz der wichtigen Gründe eine Kritik denken üben zu müssen, und nur zu diesem Zweck die Versammlung besuchen, und so zum Schaden der Gesamtheit arbeiten, bleiben besser den Versammlungen fern.“ Zur Erklärung schied ich folgendes voraus: Die Baustelle **Oberhausen** hatte in einer Versammlung am 9. November 1907 es abgelehnt 10 Pf. Lokalzuschlag, laut Beschluß der Bezirkskonferenz, zu zahlen. Die Stimmung in unserer heutigen Versammlung war allgemein folgende: Die Versammlung spricht nach wie vor der Bezirkskonferenz das Recht ab, über Lokalzuschlag zu beschließen, und wenn man sich auf unser Statut beruft, das vorschreibt: „Die Beschlüsse der Bezirkskonferenz sind für die im Vertrag liegenden Verwaltungsstellen bindend.“ so hat der Paragraph doch jedenfalls nur Geltung in Angelegenheiten des Bezirks und nicht über innere Angelegenheiten der Verwaltungsstelle. Wenn die Lokalzuschläge innerhalb des Bezirks einheitlich gestaltet werden sollen, so hat der Bezirksleiter, unserer Meinung nach, sich an den Verwaltungsvorstand zu wenden, und nicht über die Köpfe des letzteren hinweg, mit Hilfe der Delegierten anderer Verwaltungsstellen, die vielleicht darüber weitern, daß Oberhausen bisher weniger Lokalzuschlag zahlte, diesen nun durch Bezirksbeschluß den gleichen Beitrag aufzubühnen. Weiter wurde gegen die Zumutung protestiert, daß die Mitglieder, die da glauben Kritik üben zu müssen, besser täten, den Versammlungen fernzubleiben. Eine Kritik zum Schaden unserer Bewegung verwerfen auch wir, aber wir sehen auch nicht in einzelnen Personen den unschätzbaren Richter, ob eine Kritik zum Schaden oder Nutzen unseres Verbandes beiträgt, ebensowenig wie wir den Bau unserer Organisation als das Werk einzelner Personen betrachten. Deshalb lassen wir uns auch nicht das Recht nehmen, unsere Meinung zu sagen, auch wenn sie sollte von der der Beamten abweichen, und weisen hiermit das dikatorische Vorgehen einzelner ganz entschieden zurück. Mit der Einigkeit der Mitgliedschaft in hiesiger Baustelle ist es gar nicht so schlecht bestellt, das hat diese Versammlung bewiesen, in der Kollege **Festl**, als Vertreter des Bezirksvorstandes, referierte. Nach einem eingehenden Vortrage über die Notwendigkeit des Lokalzuschlags und einer darauf folgenden lebhaften Debatte, lehnte die Versammlung es einstimmig ab, einen anderen Standpunkt als bisher einzunehmen, und hält nach wie vor die Bezirkskonferenz für nicht kompetent über Lokalbeiträge zu beschließen. Sie beschloß aber weiter, angeichts der augenblicklichen Lage, 10 Pf. Lokalzuschlag zu zahlen. Wenn nun die Einigkeit der verschiedenen Instanzen gerade keine gute zu nennen ist, so liegt dieses nicht an den Mitgliedern. Wenn man die Vorstandsmittelglieder als Strohpuppen behandelt und ihnen ihre Tätigkeit verweigert, so wird solches sicher nicht dazu beitragen, das Verhältnis zwischen Beamten und Mitgliedschaft zu gestalten, wie es sich gehört und zweckdienlich ist. — Kollegen von **Oberhausen!** An uns liegt es jetzt, diesem Versammlungsbeschluß Nachdruck zu verleihen, indem wir willig Mann für Mann den Lokalzuschlag zahlen und angesichts des Ernstes der Situation kein einziger Kollege sich an den 5 Pf. hält, zeigen wir, daß wir unseren Rechten unsere Pflichten nicht vergessen.

Soziale Wahlen. Am 16. Februar fand hier die Wahl zur Ortskartellkasse statt. Von circa 2600 wahlberechtigten Kassenmitgliedern haben 1323 ihr Wahlrecht ausgeübt. Es waren zwei Listen aufgestellt, welche je 54 Beisitzer und 27 Ersatzmänner erhielten. Die Liste (A) der christlich-nationalen Arbeiterschaft erhielt 633 Stimmen, die Liste (B) der sozialdemokratischen Arbeiter 690. Erhält also Liste A 26 Beisitzer, 13 Ersatzmänner; Liste B 28 Beisitzer, 14 Ersatzmänner. Zudem die Ortskartellkasse mit 1. Juli 1908 in Kraft tritt und dies die erste dazu war, sieht die christl. Arbeiterschaft mit Befriedigung auf das Resultat zurück; zumal wenn sie bedenkt, mit welcher Kampfesweise die „geheilte“ Genossen auch hier vorantraten, indem sie christlichen Arbeitern den Wahlzettel ausbreiteten und vor ihren Augen in der Stille teilten. Auch die christliche Arbeiterschaft nicht entmutigt sein, wenn sie bedenkt von den ca. 1300, die ihr Wahlrecht diesmal nicht übten, immer noch ein großer Teil christlich denkender Arbeiter zu gewinnen sind. Diesmal war denselben noch nicht geauflärung beizubringen, trotzdem vieles geschehen ist. Der Erfolg ist nun gemacht, der Grund gelegt; bauen wir weiter, dann wird bis zum nächsten Mal, in drei Jahren Sozialdemokraten der Ausschluß, die Christlichen sollen einen Beisitzer erhalten, schon vergehen; dann kann es Gegenüber eintreten.

Wesel. Am 24., 25., 26. und 27. Februar fand die Generalversammlung der Ortskartellkasse Wesel statt. Bei den früheren Wahlen zur Ortskartellkasse man noch nicht den Wert der Vertretung zur Ortskartellkasse folglich mußte immer die Aufsichtsbehörde Vertreter ernennen, auch verschiedene Arbeitgeber sorgten dafür, daß die ihnen genommenen gewählt wurden. Nimmehr wurden 11 christliche Arbeiter bei der Verteilung der Wähler und Anreicher, Stein- und hauer, Stukkateure und Dachdecker 3 und bei der Verteilung der Wähler 11 christliche Gewerkschafter gewählt. Die übrigen Berufe waren wenig oder gar keine Wähler erschienen. Nimmehr sind 25 christliche Gewerkschafter in der Ortskartellkasse vertreten und werden diese ihr Wort in die Waagschale werfen. Kollegen von Wesel und Wüderich, dieses ist möglich durch eure Opferwilligkeit; deshalb auch schon jetzt darauf arbeiten, daß bei der nächsten Gewerbegerichtsversammlung, welche im Jahre stattfindet, der Sieg auf unserer Seite bleibt.

Wesel. Am 24., 25., 26. und 27. Februar fand die Generalversammlung der Ortskartellkasse Wesel statt. Bei den früheren Wahlen zur Ortskartellkasse man noch nicht den Wert der Vertretung zur Ortskartellkasse folglich mußte immer die Aufsichtsbehörde Vertreter ernennen, auch verschiedene Arbeitgeber sorgten dafür, daß die ihnen genommenen gewählt wurden. Nimmehr wurden 11 christliche Arbeiter bei der Verteilung der Wähler und Anreicher, Stein- und hauer, Stukkateure und Dachdecker 3 und bei der Verteilung der Wähler 11 christliche Gewerkschafter gewählt. Die übrigen Berufe waren wenig oder gar keine Wähler erschienen. Nimmehr sind 25 christliche Gewerkschafter in der Ortskartellkasse vertreten und werden diese ihr Wort in die Waagschale werfen. Kollegen von Wesel und Wüderich, dieses ist möglich durch eure Opferwilligkeit; deshalb auch schon jetzt darauf arbeiten, daß bei der nächsten Gewerbegerichtsversammlung, welche im Jahre stattfindet, der Sieg auf unserer Seite bleibt.

Von den Arbeitsstellen. Berlin, 5. März. Ebdlich verunglückt durch einen Sturz Leitergerüst ist der 46 Jahre alte Dachbedergerelle Franz aus der **Stieglmannstraße 17** M. half auf dem **Carl Dranienburger Straße 57** beim Ausbessern eines Schornsteins auf dem flachen Dach war ein 1,70 Meter hohes Leitergerüst errichtet. Auf diesem wurde ihm, während sein Mitarbeiter hingegangen war, unwohl. Er bekam Erbrechen, stürzte dann vom Gerüst auf das Dach und brach das Genick. Als sein Genosse ihn aufsand, war er schon tot. Der Verunglückte war verheiratet und Vater einer zwanzig Jahre alten Tochter.

Bekanntmachungen. Da mit Beginn des Monats März die Unterstützungsstellen in Krankheitsfällen wieder beginnt, eruchen wir die Vormitglieder, dafür Sorge zu tragen, daß uns die Art der Unterstützungsgesuchen mitgeteilt wird. Bei Antritt auf Sterbepflicht die Todesursache des Verstorbenen. Es ist dieses zur Führung einer geordneten Statistik bedingt erforderlich. Wir werden daher in Zukunft alle Gesuche, welche diesen Anforderungen nicht entsprechen, unberücksichtigt zurückgeben lassen.

Der Zentralvorstand. J. A.: Jos. Wiedebach
Für die Verwaltungsstellen-Kassierer.
 Wir machen die Kassierer darauf aufmerksam, daß bis 31. März keine Marken versandt werden, eruchen darum frühzeitige Bestellung. Marken, welche nach dem 1. April 6 werden, sind für das II. Vierteljahr zu buchen und zu verrechnen.
Der Hauptvorstand. J. A.: Fr. Jacobi, Kassier
Achtung! Der Kollege **Aug. Klawe**, geboren zu **Hilberfeld**, Buch-Nr. 24 642, wird ersucht, zwecks Empfang seines Mitgliedsbuches sich an den Lokalbeamten der Verwaltungsstelle **Sagen i. W.** zu wenden.
Als verloren werden gemeldet
 die Buch-Nr. 131 924 lautend auf **Wilhelm Niemann** von der Baustelle **Obenbüren**;
 die Buch-Nr. 109 808 lautend auf **Christian Hehlperger** 109 857 lautend auf **Mathias Eichbaum** von der Verwaltungsstelle **Stinweg a. Jun**;
 die Buch-Nr. 127 907 lautend auf **Johann Friederich** und lautend auf **Peter Schnee** von der Baustelle **Obenbüren**.

Verfammlungskalender. Erlangen, Sonntag, den 15. März, nachmittags 4 Uhr. Versammlung im katholischen Gesellenhause.

Sterbetafel.
 Am 18. Februar starb unser Mitglied **Johann Doud** im Alter von 28 Jahren infolge Nervenleiden. Baustelle **Marborn**.
 Am 19. Februar starb unser Mitglied **Reiner Kopp** infolge Lungenkrankheit. Baustelle **Poulsheim** (Wöhl).
 Am 19. Februar starb unser Mitglied **Gustav Schill** infolge eines Unglücksfalles. Baustelle **Lengrich i. W.**
 Am 25. Februar starb unser Mitglied **August Mel** im Alter von 62 Jahren an Magenkrankheit. Baustelle **Lopian**.
 Am 2. März starb unser Mitglied **Hermann Sti** im Alter von 36 Jahren. Baustelle **Obenbüren**.
 Am 6. März starb unser Mitglied **Mois Sage** im Alter von 57 Jahren an Lungenleiden. Baustelle **St.-Rasselwitz**.
 Ehre ihrem Andenken!

Achtung! Wattencheid. Sonnabend, den 21. März, abends 8 Uhr, Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Kassenbericht, 2. Vorstandswahl. Um vollzähliges Erscheinen bittet Der Vorstand

Achtung! Bauhandwerker von Werl u. Umgeb. Dienstag, den 17. März, abends 8 Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung, im kath. Gesellenhause. Tagesordnung: Die gegenwärtige Lage im Baugewerbe. Referent: Kollege **Werter-Paberborn**. Um zahlreiches Erscheinen bittet Der Vorstand

Achtung! Baustelle Witten. Sonnabend, den 21. März, abends 8 Uhr, Generalversammlung im Verbandlokale, Augustastr. 63. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen. Der Vorstand